

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Erscheint nach Bedarf,
voraussichtlich
jeden Montag.

Das Blatt wird den Vorständen der
Zentralvereine, den Vertrauensleuten
der Gewerkschaften und den Redaktionen
der Arbeiterzeitungen gratis zugestellt.

Redaktion und Verlag:
G. Legien,
Zollvereins-Niederlage,
Wilhelmstr. 8, I.

Die „dunklen“ Pläne der Generalkommission.

Um einer weiteren Legendenbildung über die Absichten der Generalkommission vorzubeugen, fühlen wir uns veranlaßt, unsere Stellungnahme über die Aufgaben von Gewerkschafts-Kongressen in nachstehendem in gedrängter Kürze klarzulegen.

Die Gewerkschafts-Kongresse haben nach unserer Ansicht die Aufgabe, alle Bestrebungen zu fördern, welche die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sich in ihren Berufsorganisationen zum Ziel gesetzt haben. Der größte Theil dieser Bestrebungen kann nur durch das gemeinsame Zusammenwirken aller Arbeiter erreicht werden. Der gemeinsame Wirkungskreis, der auf den Gewerkschaftskongressen festgestellt werden muß, hätte unseres Erachtens noch folgende Punkte zu umfassen:

I. Gegenseitige und thatkräftige Unterstützung bei Lohnkämpfen.

Hierzu gehört die Erziehung der Mitglieder zur Zahlung höherer Beiträge. Die meisten Streiks gehen verloren infolge des Mangels an Mitteln; ein großer Theil von Differenzen würde durch einen heiden Theilen Rechnung tragenden Ausgleich erledigt werden, wenn die Fabrikanten wissen, daß die Arbeiter für längere Zeit gerüstet sind.

Zur erfolgreichen Durchführung größerer Kämpfe, welche von einem Gewerk allein nicht gehalten werden können, halten wir für nothwendig die Schaffung eines von sämtlichen Mitgliedern der Organisationen gespeisten Kampffonds und Festsetzung von bestimmten Normen, nach welchen die Unterstützungen aus demselben geleistet werden. Trotz der Schwierigkeiten, welche der Ausführung dieses Planes entgegenstehen, halten wir denselben für ausführbar. Großes, Gewaltiges kann geleistet werden, wenn allseitig die Erkenntnis für die Nothwendigkeit der praktischen Ausübung der Solidarität vorhanden ist.

II. Gemeinsame Förderung der Gewerkschaftsbewegung — Organisation und Agitation.

Da die Konzentrirung der Arbeitsmittel in immer wenigeren Händen naturgemäß die Macht der sie besitzenden in unermeßlicher Weise steigert, ist es Pflicht der Selbsterhaltung der Arbeiterschaft, dieser Macht das nöthige Gegengewicht zu schaffen. Der Konzentration der Arbeitsmittel muß die Konzentration der Arbeitskraft entgegengeleitet werden. Die Festsetzung der Arbeitslöhne, der Arbeitszeit etc. muß von den Organisationen der Arbeiter ausgeübt werden. Der einzelne Arbeiter ist machtlos, nur in der und durch die Vereinigung können die Interessen der Arbeiter gewahrt werden.

Die beste Form der Organisation ist für die meisten Gewerke, der heutigen Entwicklung der Industrie entsprechend, die zentralistische.

Als Mittel zum Zweck betrachten wir:

1. Den Ausbau des Unterstützungswesens.

Die Arbeiter müssen dauernd an die Organisation gefesselt werden. Dem Austritt älterer Mitglieder wird dadurch vorgebeugt, daß man denselben auch während der Zeit, in welcher eine Lohnbewegung nicht stattfindet, materielle Leistungen durch die Organisation bietet, die Heranziehung indifferenter Arbeiter wird dadurch erleichtert.

2. Die Regelung des Herbergswesens.

Die Herbergen müssen den wandernden Arbeitern heimisch gemacht werden, dieselben müssen überzeugt sein, daß die Organisation auf ihre Wohlfahrt stets und ständig bedacht ist.

Die Herbergen müssen den Reisenden die Möglichkeit bieten, sich weiter zu bilden. Die Arbeiterblätter müssen in den Herbergen ausliegen, Bücher belehrenden und unterhaltenden Inhalts müssen zur Verfügung stehen.

Dies Letztere ist besonders Aufgabe der örtlichen Gewerkschaftskartelle, deren Einrichtung deshalb überall anzuregen ist. Zur Förderung und Kräftigung der Gewerkschaftsbewegung

Gewerbszweig	Anzahl der Streikfälle	Anzahl der von Streiks betroffenen Unternehm.-bez. v. Umernahmen	Anzahl der beschäftigten Arbeiter	Anzahl der streikenden Arbeiter	Anzahl der veräumten Arbeitstage
Kohlenschiffs- verladung	1	1	1000	1000	12000
Leberindustrie . .	14	48	1963	1790	50634
Maschinenfabrik .	8	8	2175	222	1040
Metallindustrie . .	18	56	1685	1299	14493
Mineralöl- Raff., Kerzen- u. Fett- fabrik	1	1	232	190	1520
Müller	2	9	88	78	1452
Rastriranstalt . .	1	1	29	8	16
Reinigungsanst. .	1	1	20	20	40
Schneider	3	256	502	489	2415
Schuhmacher . . .	4	4	681	526	1778
Schwefelsäure- u. Kunstdünger- fabrik	1	1	83	40	40
Textilindustrie . .	43	43	14128	6423	90771
Tischler u. Möbel- erzeugung	11	36	546	523	6577
Wäschefabrik . . .	1	1	81	42	672
Ziegeleien	2	2	156	6	10
Zimmermaler u. Anstreicher . . .	1	36	100	50	400
Zimmerputzer . . .	1	4	105	99	990
Summa	172	1207	45539	28120	518511

Darnach ereigneten sich die meisten Streiks der Textil-, Metall- und Lederindustrie, sowie den Gewerben der Tischler, Tapezierer, Drechsler und Bauarbeiter.

Nach den Monaten vertheilt, kamen die meisten Streiks im Mai (36, Einfluß der Maifeier), dann im August (29, Beginn der Saisonarbeiten), im September (27, Beginn der Winterarbeiten), im Oktober (26, Beginn des Herbst), die wenigsten im Januar (2), im Februar (7) und Dezember (8) vor. Leider ist der Statistik des Handelsministeriums nicht zu entnehmen, aus welchen Ursachen diese Arbeitsstörungen erfolgten. Auch fehlen Angaben über Lohnverlust, die Art der Ursache der Beilegung (Intervention der Behörden und Gewerbe-Inspektoren), sowie über andere Momente, die bei Arbeitsstörungen in Erscheinung treten.

Sehr wünschenswerth wäre auch, daß die Nachweise des Ackerbauministeriums über die Streiks der Vergarbeiter vom Handelsministerium gefordert würden; am zweckmäßigsten erscheint allerdings die Konzentration derartiger statistischer Aufnahmen durch ein Arbeitsamt, umso mehr, als obige Ziffern ein beträchtliches Anwachsen der Arbeitslosenstellen sowohl nach Zahl und Umfang erkennen lassen und die Staatsgewalt selbst immer dringender gemahnt fühlt, diesem Gebiete des wirtschaftlichen Kampfes näher zu treten. Dazu kommt, daß in Oesterreich die Streiklust, trotz großer Niederlagen und trotz des beruhigenden Einflusses der Sozialdemokraten, bei den nichtorganisirten und unversicherten Arbeitern eine sehr große ist.

Situationsbericht.

In der Häfnerei von Gebrüder Haas in Straßburg i. G. ist wegen eines Lohnkürzungsstreiks von 30 Prozent ein Streik ausgebrochen.

In Speyer sind mehrere Vorstandsmitglieder der Verwaltungsstelle des Verbandes der Seiler und Reepschläger gemahngelt worden.

Der Vorstand des Seilerverbandes ersucht dringend, den Zuzug nach den genannten Orten fernzuhalten.

Die Generalkommission.

Quittung über bei der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in der Zeit vom 5. bis 18. Januar 1895 eingegangene Gelder.

Quartalsbeitrag (1. bis 4. Quartal 93 und 1. und 2. Quartal 94) des Verbandes der Handschuhmacher	M. 691,4
Quartalsbeitrag (4. Quartal 94) des Seemannsvereins Hamburgs	5,-
Quartalsbeitrag (3. Quartal 94) des Verbandes der Schneider	258,4

A. Demuth, Poollstr. 41, 2. Et.

haben durch ihre bisherige bescheidene Thätigkeit auf diesem Gebiet schon Bedeutendes zur Aufklärung der indifferenten Arbeitermassen beigetragen, ein Zusammenfassen der Kräfte in der angegebenen Richtung wird immer mehr zur dringenden Nothwendigkeit, soll nicht die wirtschaftliche Bewegung der Arbeiter durch ihre eigene Unthätigkeit und Unselbstständigkeit in ihrer Entwicklung gehemmt werden. Nur einseitige Parteidoctrinäre können in einem solchen Vorgehen eine Schädigung der gesammten Arbeiterbewegung erblicken.

Ein Gewerkschaftskongress mit der angegebenen Tagesordnung würde der Bedruf für die Arbeiter in allen Gauen Deutschlands sein, zur Wahrung ihrer wichtigsten Interessen selbst die Initiative zu ergreifen, die stattfindenden Versammlungen würdigen neues Leben in die Gewerkschaftsbewegung hineinbringen und wesentlich zur Agitation für dieselbe beitragen.

Kongresse und Generalversammlungen.

Der Nationalverband der vereinigten Brauereiarbeiter der Vereinigten Staaten hielt seinen achten Jahreskongress vom 16. bis 22. September 1894 in Cleveland (Ohio) ab. Es waren 40 Delegirte erschienen, welche 7750 Verbandsmitglieder, die sich auf 93 Zweigvereine vertheilen, vertraten. Nach dem Bericht des Kassirers hatte der Verband im Jahre 1893 in 84 Zweigvereinen 8932 Mitglieder. Der Rückgang der Mitgliederzahl erfolgte durch die fortgesetzten Maßregelungen der organisirten Arbeiter durch die Brauereibesitzer. So ging allein in dem Zweigverein St. Louis durch diese Maßregelungen die Mitgliederzahl von 795 auf 335 im letzten Jahre zurück. Dieser Zweigverein hatte im vorigen Jahre zeitweilig 200 arbeitslose Verbandsmitglieder zu unterstützen. An Beiträgen wurden im Verband pro Kopf der Mitglieder im letzten Jahre Doll. 12 geleistet und zwar Doll. 6 in die Zentral- und Doll. 6 in die Lokalkasse. Das ist ein Beitrag von M. 50,40 pro Jahr oder 97 $\frac{1}{2}$ pro Woche. Die Gesamteinnahmen der Zentralkasse beliefen sich im letzten Jahre auf Doll. 42672,23 gleich M. 179223,33, darunter ein Kassenbestand von Doll. 6048. Die Gesamtausgabe betrug Doll. 42121,17 gleich M. 176908,91, so daß ein Kassenbestand von Doll. 551,06 am 31. Juli 1894 vorhanden war.

Unter den Ausgaben sind angeführt: Zur Unterstützung gemahregelter und ausgesperrter Mitglieder Dollar 20 601,50; für Beschaffung auswärtigen Bieres bei Boykotts Dollar 5687,13, Brauer-Zeitung Dollar 5906,81, Gehälter Dollar 2825,50, Agitation Dollar 1682,54, Unkosten des Jahreskongresses Dollar 430,35, Beitrag an die American Federation of Labor Dollar 78,—. Die Verschlechterung der finanziellen Verhältnisse des Verbandes ist eine Folge der enormen Aufwendungen für die Kämpfe um Anerkennung der Organisation seitens der Brauereibesitzer und der Aufrechterhaltung der bisherigen Arbeitsbedingungen.

Der Kongress beschäftigte sich in der Hauptsache mit der Regelung interner Angelegenheiten,

Weshalb wir unsere Ansichten über diesen Punkt nicht gleich zur öffentlichen Diskussion stellten? Nun einfach deshalb nicht, weil die Generalkommission bei wichtigen Angelegenheiten die Zentralvorstände selbstverständlich um deren Meinung zu befragen hat. Da durch diese Umfrage eine völlige Uebereinstimmung nicht erzielt wurde, so hatten wir selbstverständlich erst recht keine Veranlassung, unsere Vorschläge in der Presse zur Diskussion zu stellen. Einiges Handeln schien uns die nothwendige Vorbedingung der Ausföhrung unseres Vorschlages zu sein.

Nun sind sie ja enthüllt, die „dunklen“ Pläne der Generalkommission und deren Motive dazu. Wir halten es nun für eine Anstandspflicht denselben Organe, welche die geheimnißvollen Andeutungen des Herrn Sperka darüber veröffentlichten, zur Orientirung ihrer Leser auch diesen Artikel zum Abdruck zu bringen.

ferner aber auch mit den bei Boykotts zu treffenden Maßnahmen. In Bezug auf das Letztere wurde beschlossen: „In Anbetracht, daß eine Reihe Boykotts, besonders im Osten, sich schon Jahre lang hinzieht und der Brauerorganisation schon tausende von Dollar gekostet hat und noch kosten wird, soll versucht werden, mit dem Eisenbahnarbeiterverband ein Uebereinkommen dahin zu treffen, daß die Mitglieder des Verbandes kein boykottirtes Bier mehr befördern. Sollte gegenwärtig ein solches Uebereinkommen noch verfrüht sein, so soll dahin gewirkt werden, daß dasselbe später zu Stande kommt, da ohne diese Unterstützung der Eisenbahnarbeiter es sehr schwierig sein wird, die Brauereibesitzer zur Nachgiebigkeit gegenüber den Forderungen der Brauereiarbeiter zu zwingen.“

Ueber die die amerikanischen Gewerkschaften jetzt viel beschäftigende Frage der selbstständigen politischen Bethätigung im sozialistischen Sinne wurde beschlossen, den Mitgliedern zu empfehlen, sich der sozialistischen Arbeiterpartei anzuschließen und aufklärende Arbeiterzeitungen zu lesen. Die Sekretäre der Zweigvereine sollen vierteljährlich der Zentralverwaltung mittheilen, wie viel Mitglieder des Verbandes Abonnenten von Arbeiterzeitungen sind. Das schon mehrfach erwähnte politische Programm wurde von dem Kongress einstimmig angenommen.

Es wurde ferner beschlossen, daß stets drei Tage vor Eröffnung des Kongresses drei Delegirte zur Prüfung der Bücher und Rechnungen der Zentralverwaltung am Tagungsorte des Kongresses sich einzufinden haben.

Es wurde ferner eine Reihe Resolutionen, die sich auf den Boykott, die Schutzmarke und Regelung verschiedener Verwaltungsangelegenheiten beziehen, angenommen. Unter anderen fand auch die folgende Resolution Annahme:

„1. Infolge der großen Arbeitslosigkeit soll bei Erneuerung des nächsten Kontraktes mehr auf Verkürzung der Arbeitszeit als auf höheren Lohn gesehen werden.“

müssen die Gewerkschaftskartelle namentlich in kleineren Städten, in denen keine Verwaltungsstellen der Zentralverbände bestehen, auch dafür sorgen, daß eine gemeinsame Zahlstelle für die organisierten Arbeiter aller Berufe errichtet wird, von der die Beiträge an die verschiedenen Zentralorganisationen abgeführt werden.

III. Veranstaltung statistischer Erhebungen über Stärke und Leistungen der Organisationen, sowie über die wirtschaftliche Lage der gewerblichen Arbeiter.

Die Statistik ist bisher von den Arbeitern sehr wenig gepflegt worden, der weitere Ausbau derselben eröffnet den Gewerkschaften ein weites Feld fruchtbringender Thätigkeit.

IV. Erringung voller Koalitionsfreiheit der Arbeiter.

V. Weiterer Ausbau der Arbeiterschutzesgesetzgebung.

Koalitionsfreiheit und Arbeiterschutz stehen im engsten Zusammenhang mit der materiellen Lage des Arbeiters. Ohne Koalitionsfreiheit keine Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, ohne dieselbe keine ihrem wirklichen Zweck entsprechende zentralistische Organisation, ohne dieselbe kein nachhaltiger Einfluß auf die Arbeiterschutzesgesetzgebung, ohne Koalitionsfreiheit keine ausreichende Organisation der weiblichen Arbeiter.

Mit der materiellen Lage der Arbeiter ist ebenso eng verknüpft ein wirksamer Arbeiterschutz. Die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit für alle Arbeiter männlichen und weiblichen Geschlechts, sanitäre Einrichtung der Arbeitsräume sind im Grunde genommen Lohnfragen. Die Verkürzung der Arbeitszeit steigert den Lohn des Arbeiters, schafft demselben Zeit zur körperlichen und geistigen Erholung, verlängert in Gemeinschaft mit der sanitären Einrichtung der Arbeitsräume seine Lebensdauer, die Arbeitskraft des Arbeiters wird dadurch für ihn nutzbringender.

Arbeiterschutzesgesetze — Gesetze, welche ausdrücklich zum Wohl der Arbeiter geschaffen sind, können nur wirksam von diesen selbst kontrolliert werden, deshalb weiterer Ausbau des Fabrikinspektors und Wahl der Fabrikinspektoren aus den Reihen der Arbeiter. Bis zur Erreichung dieses Zieles halten wir für dringend erforderlich die Errichtung von Zentralstellen für die Beschwerden der Arbeiter über mangelhafte Ausführung der Arbeiterschutzesgesetze. Die Erörterung dieses Punktes auf einer ganzen Anzahl abgehaltener Branchenkongresse der einzelnen Gewerke zeigt, daß ein großes Bedürfnis dafür vorhanden ist.

Koalitionsfreiheit und Arbeiterschutz müssen sich die Arbeiter selbst erkämpfen. Das geschieht dadurch, daß dieselben zunächst von dem geringen Maß der ihnen gewährten Koalitionsfreiheit den ausgiebigsten Gebrauch machen, daß dieselben unausgesetzt volle Koalitionsfreiheit und wirksamen Arbeiterschutz fordern.

Kongresse politischer Parteien können wohl im Allgemeinen Stellung zu diesen Forderungen nehmen, ihre politische Propagierung muß Aufgabe der Gewerkschaften sein.

Auf den Gewerkschaftskongressen muß Material zusammengetragen und gesichtet werden für die Vertretung der Arbeiterinteressen im Parlament ist damit eine wirksame Vorarbeit geleistet.

Nach der jetzt allgemein geltenden Gesetzeslegung ist die Behandlung solcher Fragen, so dadurch eine Einwirkung auf die Gesetzgebung zweckt werden soll, Politik. Die Geschichte englischen Arbeiterbewegung lehrt, daß überall wo die Arbeiter als geschlossene Masse Stellung zu diesen Fragen genommen haben, sie sich durch auch das Recht erwirkten, Stellung dazu nehmen zu dürfen. Ob für deutschen Arbeiter der jetzige Zeitpunkt der geeignetste ist, als einheitliches Ganzes in dieser Richtung zu handeln, ob diese Gegenstände auf einem Kongress gewerkschaftlich organisierter Arbeiter verhandelt werden sollen, darüber kann ungetheilte Meinung sein und deshalb die der Generalkommission veranlassete Umfrage den Gewerkschaftsvorständen. Fest steht für uns, daß dieser Zeitpunkt früher oder später kommen muß und daß, wenn sämtliche heute bestehenden Organisationen als geschlossenes Ganzes handeln die gegen ein solches Vorgehen in's Feld geführt Gefahr einer Auflösung einzelner Gewerkschaften dann eine geringe ist.

Ohne Gesetze für die bestehenden Organisationen könnte aber schon heute Eines geschehen: ein Gewerkschaftskongress, zu welchem die Delegierten öffentlichen Versammlungen zu wählen wäre könnte einberufen werden, um die angeführten Angelegenheiten zu behandeln.

Angesichts der Bestrebungen, die Vereinsgesetze noch weiter zu verschlechtern, den Arbeitern durch den wirtschaftlichen Druck, durch Maßregelung die Ausübung des Koalitionsrechtes unmöglich zu machen, das geringe Maß von Arbeiterschutz in Deutschland wieder zu beschneiden, halten wir es im Interesse der deutschen Arbeiter für dringend notwendig, daß sich dieselben energisch zur Wehr setzen, und haben wir es deshalb lebhaft bebauert, daß auch der Vorschlag der Abhaltung eines öffentlichen Gewerkschaftskongresses auf so viel Widerstand stieß, daß die Ausführung desselben vorläufig unterbleiben mußte.

Wer anerkennt, daß die Gewerkschaftsbewegung unter den heutigen Verhältnissen notwendig ist, den Arbeitern bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen, wer deshalb die Entwicklung derselben fördern will, kann nicht wollen, daß dieselbe die wichtigsten Aufgaben, die im Interesse der wirtschaftlichen Arbeiterbewegung in Deutschland zunächst zu erfüllen sind, und darunter verstehen wir die Erringung voller Koalitionsfreiheit und eines wirksamen Arbeiterschutzes, vollständig unberücksichtigt lasse. Die Gewerkschaften sind die berufenen Organisationen für die Verwirklichung aller Forderungen, die auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung von den klassenbewußten Arbeitern gestellt werden, energisch einzutreten; dieselben

2. Wir beschließen, daß die Mitglieder aufgefordert werden, sogenannte Schützenkorps zu gründen, so daß im Falle von Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern die Arbeiter doch nicht ganz ohne Waffen dastehen würden.

3. Bei klauem Geschäftsgang soll es nicht erlaubt sein, einen Mann länger als eine Woche abzulegen. Beim Ablegen soll abwechselungsweise verfahren werden."

Nach Erledigung der Wahl der Verwaltungsbeamten wurde beschlossen, daß der nächste Jahrestagung in Cincinnati stattfinden solle. Ferner wurde der Delegirte zum Jahreskongreß der American Federation of Labor gewählt und der Beschluß wurde den im Kampfe befindlichen Brauereiarbeitern in Berlin und anderen D. M. 630 bewilligt.

Situationsbericht.

Das Comité für die Organisirung des Generalstreiks in Frankreich macht uns die Mittheilung, daß in Noanne 10000 Weber streiken. Die Mittel, welche die französischen Genossen für den Streik gegenwärtig aufwenden können, sind erschöpft und wendet sich das Streikcomité deswegen an die deutschen Genossen mit der Bitte um Unterstützung. Das Comité übersandte uns eine Anzahl Sammel Listen, doch wird es nicht empfehlenswerth sein, dieselben auszugeben. Dagegen dürften die Organisationen und örtlichen Gewerkschaftskartelle, soweit irgend möglich, aus ihren Kassenbeständen den streikenden Genossen als Beweis der internationalen Solidarität der Arbeiter Geldmittel zur Unterstützung überweisen.

Adresse für Sendung ist:

Monsieur Girard,
rue Saint Maur 184, Paris.

Am 21. Januar stellten 61 Arbeiter und 12 Arbeiterinnen der Knopffabrik Leupold & Co. in Schmölln (S.-A.) zwecks Abwehr einer angefügten Lohnreduktion die Arbeit ein. Wer die Verhältnisse der Knopfmacher in Schmölln kennt, wird diese Arbeitseinstellung begreiflich finden, namentlich wenn ihm gesagt wird, daß die erwähnte Firma in den letzten 10 Monaten schon mehrmals Lohnkürzungen vornahm, so daß der neue Lohn tarif eine fünfzigprozentige Herabsetzung der Akkordpreise gegen diejenigen vor 10 Monaten bedeutete, mit anderen Worten eine Kürzung des Wochenverdienstes von zirka M. 12 auf M. 7—8 für den einzelnen Arbeiter. Es bedarf wohl keiner Ausführungen, daß es den betreffenden Arbeitern einfach unmöglich war, auch diesen neuen Abzug ruhig hinzunehmen. Ihr einmütiges Vorgehen hatte denn auch den Erfolg, daß die Fabrikanten in der Verhandlung mit einer Kommission der Arbeiter im Beisein des Bürgermeisters noch am Abend desselben Tages den neuen Lohn tarif zurückzogen, schriftlich versprachen, die Mitglieder der Kommission nicht zu maßregeln,

und ferner eine bessere Behandlung der Arbeiter von Seiten des technischen Leiters zusichern. Ein trefflicher Beweis der Nothwendigkeit des großen Nutzens einmütigen Zusammenhaltens seitens der Arbeiter. Gelegentlich dieses Streiks wollen wir zur Kennzeichnung der eigenartigen Praktiken der Schmöllner Knopffabrikanten in folgender profitabler Einrichtung Erwähnung thun. Während uns bekanntlich in der Schule geläufig ist, ein Gros hat 144 Stück, müssen die Arbeiter im Allgemeinen 150 Knöpfe auf ein Gros liefern; die 6 Stück Ueberschuß werden Ertrag für den etwa vorkommenden Ausschuß gerechnet. Dieser Modus besteht in allen Knopffabriken in Berlin, Breslau, Hannover, Dessau. In Schmölln jedoch zählen nicht bloß 150, sondern 168 Stück auf ein Gros. Dazu kommt ein sogenannter Großknopf, der auch nicht bezahlt wird. Ein Arbeiter in Berlin, Breslau etc. muß also 600 Gros Knöpfe 600 Ueberknöpfe liefern, ein Arbeiter in Schmölln dagegen auf die gleiche Lieferung zweitausendfünfhundert Ueberknöpfe. Er giebt Arbeiter, die bis 300 Gros die Woche machen, da müssen sie also $3 \times 2500 = 7500$, **siebentausendfünfhundert** Knöpfe als Zugabe umsonst machen.

Am 28. Januar wurde in zwei weiteren Knopffabriken in Schmölln die Arbeit eingestellt. Auch bei diesen Streiks handelt es sich um Abwehr einer Lohnreduzierung. Es sind 92 Arbeiter, die zusammen 180 Kinder haben, zu unterstützen.

Die Generalkommission.

Eine Agitationstour

wird, am 14. Februar d. J. beginnend, vom Vorstand des Verbandes der Fabrik- und gewerblichen Hilfsarbeiter in Rheinland-Westfalen veranstaltet. Die Referentin, Frau Kühler, wird in folgenden Orten sprechen: Viefelsfeld, Schwelm, Lüdenscheid, Iffeld, Hagen, Haspe, Herbede, Elbersfeld, Barmen, Essen a. Ruhr und Aachen.

Internationales Eisenbahnarbeiter-Sekretariat.

Der zweite internationale Kongreß der Eisenbahnarbeiter, der im August 1894 tagte, setzte ein Comité ein, welches die Interessen der Eisenbahnarbeiter aller Länder vertreten soll. Dieses Comité theilt uns mit, daß es aus den Herren E. Guérard,

G. Lhermite und Probst bestehe. Die Adresse für Zuschriften an das Comité ist: „Comité International d'Etudes des Interêts des Travailleurs des Chemin de fer.“ 9. Cité Riverin Paris.